



KLAR TEXT

Liebe Leserinnen und Leser,

der Bundesparteitag der SPD hat den Koalitionsvertrag beschlossen. Die Wahl von Matthias Platzeck zum Parteivorsitzenden und das Votum für Vizekanzler Franz Müntefering zeigen: Die SPD ist bereit, weiter Verantwortung für Deutschland zu übernehmen. Unser Land braucht eine starke Sozialdemokratie.

Mittelfranken gut vertreten

Die MittelfrankenSPD ist stolz, nun mit Uli Maly einen Vertreter im Parteivorstand zu haben und mit Günter Gloser als Staatsminister im Auswärtigen Amt das einzige Regierungsglied aus Bayern zu stellen.

Die SPD hat sich der Verantwortung gestellt, anders als Stoiber, der sich feig nach Bayern zurückzog. Die CSU stürzte er in eine Krise. Jetzt haben sie ihn wieder – aber wie lange?

Die CSU tut Bayern nicht gut

Die 2/3-Mehrheit der CSU tut unserem Land nicht gut. Sie ist verantwortlich für eine Politik der Überheblichkeit. Von Bürgernähe, Bildungsgerechtigkeit und sozialer Gerechtigkeit hat sie sich weit entfernt. Die CSU betreibt eine Politik zu Lasten unserer Kommunen. Die jüngste Kabinettsumbildung beseitigt die eigentlichen „Wurzeln des Übels“, nämlich die verfehlten landespolitischen Entscheidungen, nicht: die überstürzte Einführung des G8, das Büchergeld, die geplanten Studiengebühren, den massiven Unterrichtsausfall u.v.m.

Christa Naaß

Christa Naaß MdL
Vorsitzende der MittelfrankenSPD

G8-Fianzierung ist unfair

Die Staatsregierung schröpft die Kommunen mit Finanztricks

(wp) Die Einführung des achtjährigen Gymnasiums (G 8) macht zahlreiche bauliche Änderungen an den Schulen notwendig.

Schlitzohrigkeit

An deren Förderung lässt sich die Schlitzohrigkeit und mangelnde Fairness der Bayerischen Staatsregierung gegenüber den Kommunen, den Sachaufwandsträgern für diese Schulen, belegen. Das in der Bayerischen Verfassung festgeschriebene Konnexi-

tätsprinzip interpretiert die Bayerische Staatsregierung nicht entsprechend der Übersetzung: „Wer anschafft bezahlt“ sondern „Mir schaffen an und ihr zahlt“.

Falsche Lorbeeren

Dennoch will sich die Bayerische Staatsregierung nun die Ganztagschule als zusätzliches Blatt in ihren Lorbeerkranz fügen.



Schwerpunktthema G8 auf Seite 3.

BayKiBig: Protest nötig!

SPD-Abgeordnete diskutieren mit Erzieherinnen neues Betreuungsgesetz

(mb) Die Perspektiven der Kinderbetreuung diskutierten die Kinderbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion, Marlene Rupprecht, der AWO-Landesvorsitzende Dr. Thomas Beyer, MdL und der stv. SPD-Bezirksvorsitzende Michael Bischoff mit Kindergartenleitungen und Elternbeiräten.

Qualität leidet

Eltern und Erzieherinnen kritisierten das neue Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz (BayKiBig): Die Eltern buchten nur noch „das Nötigste“ und die pädagogische Qualität leide trotz steigender Gebühren. „Das Verkaufen



Thomas Beyer, Marlene Rupprecht und Michael Bischoff mit Eltern und Erzieherinnen

von Betreuungszeit nach Gebühreinstaffeln schädigt die Solidarität. Es entsteht ein Feilschen um Sonderangebote wie bei ALDI“, kritisierte der Cadolzheimer AWO-Chef Thomas Körber.

Zerstückelung der Betreuung

Für Rupprecht ist das von der Landtags-CSU durchgedrückte Gesetz der falsche Weg: „Hier wird die qualitätsorientierte Betreuung in Einzel-

dienstleistungen zerstückelt und über den Umweg Tagesbetreuung der Aufstieg aus der professionellen Kinderbetreuung provoziert.“

Protest notwendig

Da auch das Recht der Eltern auf freie Kindergartenwahl gebrochen werde, rät Rupprecht zum Protest: „Ich warte darauf, wie die Gerichte entscheiden, wenn die ersten Familien klagen.“

Beyer kritisierte: „Dieses System ignoriert die ganzen Rahmenangebote der Einrichtungen.“ Dass Übernachtungen, Feste und musische Angebote beibehalten werden könnten, sei reine Illusion.

Mehr Argumente zum BayKibig auf Seite 3.

Inhalt

Sozialdemokratie:

Aus den Untergliederungen S. 2

Aus den Parlamenten S. 2

Schwerpunkt/Argumente:

G 8-Finanzierung S. 3

BayKibiG S. 3

Service:

Termine S. 4

25 Jahre aktiv

AsF Nürnberg Land feiert Jubiläum



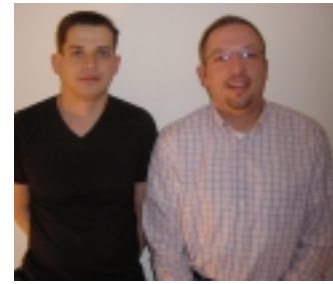
(lg) Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen feierte mit einem Festakt ihr 25-jähriges Bestehen. Vorsitzende Elisabeth Gier-

lings konnte dabei die Glückwünsche zahlreicher Gratulantinnen entgegennehmen. Eine der ersten war Lucie Kurlbaum: Sie war die erste Vorsitzende nach der Gründung der BayernAsF.

Schwusos wählen

Für unverkrampftes Miteinander

(mp) Der Arbeitskreis Lesben und Schwule in der SPD Nbg-Mfr. (Schwusos) hat neue Sprecher, Matthias Pradzinski und Michael Lin, gewählt. Der AK will als Teil der SPD die Verankerung von Lesben und Schwulen in



der SPD weiter ausbauen und eine Auseinandersetzung um lesbisch-schwule Politik einfordern. Sie arbeiten für ein unverkrampftes und tolerantes Verhältnis zwischen hetero- und homosexuellen Menschen und freuen sich über die Mitarbeit von Lesben und Schwulen.

Innovation durch Bildung

Gröner setzt sich für höhere Ausgaben ein

(sk) Lissy Gröner begrüßt das Ziel des Europäischen Rates, die EU zur dynamischsten Wissensgesellschaft der Welt machen: „So werden zukunftsnahe Arbeitsplätze geschaffen. Nur lebenslanges Lernen sichert unseren wichtigsten Rohstoff: die Kompetenz der Menschen.“

Mit dem „Europäischen Gespräch“ in der Uni Nürnberg führte Gröner jüngst verschiedene regionale Bildungsakteure zusammen. Deren Praxisberichte bringt sie jetzt in die parlamentarischen Beratungen ein. Gröner fordert die Erhöhung des Bildungsetats auf 3 % des EU Haushalts: „Es kann nicht sein, dass über 48 % des EU Budgets für Agrarpolitik, aber nur 0,5 % für Bildung ausgegeben werden.“



Lissy Gröner, MdEP

Rupprecht aktiv für Mütter

Fürther MdB führt Müttergenesungswerk

(mb) Marlene Rupprecht ist neue Vorsitzende des Kuratoriums der Elly-Heuss-Knapp-Stiftung Deutsches Müttergenesungswerk. Die SPD-Bundestagsabgeordnete, die bereits seit vielen Jahren Mitglied und Finanzausschussvorsitzende im Kuratorium war, folgt Prof. Ursula Bonnemann-Böhner, die die Führung der Stiftung nun abgab.

Bildungszugang gefährdet

MdL Vogel: Finger weg von Studiengebühren

(dr) Die Bayerische Staatsregierung ist fest entschlossen, zum Sommersemester 2007 Studiengebühren bis zu 500 Euro an bayerischen Hochschulen einzuführen. Das Verständnis von Bildung als öffentliches Gut, als soziales und demokratisches Grundrecht mit freiem Zugang für alle, jeweils ihrer Qualifikation entsprechend, das passt nicht mehr in die neoliberale Logik der CSU. Unsere



Wolfgang Vogel, MdL

Forderung: Bildung muss weiterhin eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe bleiben. Der Staat hat die finanziellen Voraussetzungen dafür zu schaffen. Der Hochschulzugang muss auch in Zeiten finanzieller Knappheit allein über die individuelle Befähigung der Studierenden geregelt werden. Eine soziale oder finanzielle Auslese darf nicht stattfinden.

Frankentag zeigt Stärken

Selbstbewusste Region präsentierte sich

(hsb) Mit 4,2 Mio. Bürgern ist Franken die siebtgrößte Region Deutschlands, wirtschaftlich an sechster Stelle. Verkehrswege nach ganz Europa, Spitzenplätze bei Verkehr & Logistik, IuK, Medizintechnik, Energie & Umwelt, Neuen Materialien – das kennzeichnet Mittelfranken. Durch die „Metropolregion“ merken das immer mehr Menschen und Unternehmen. Diese Stärken gilt es auszubauen: Wachstumsbranchen und Spitzentechnologien ziehen den Rest mit, so Dr. Arndt (Prognos AG) auf dem Frankentag. Helga Schmitt-Bussinger „Wir wissen, wo wir hin wollen: in eine gute Zukunft für Bayern. Wir fühlen aber auch, wo wir herkommen. Deshalb beantragen wir die Feier eines Tags der Franken am 2. Juli, dem Tag der Reichskreisgründung 1500. Nächstes Jahr, 200 Jahre nach der 'Übernahme' durch Bayern, soll er erstmals begangen werden – als Symbol für ein starkes Franken in Bayern.“



Helga Schmitt-Bussinger, MdL

MdL Hufe Kuratoriumsmitglied

Medienpolitischer Sprecher berufen

(ch) Peter Hufe wurde von Ministerpräsident Stoiber zum neuen Kuratoriumsmitglied der Akademie für politische Bildung in Tübingen berufen. Hufe, kultur- und medienpolitischer Sprecher der SPD Landtagsfraktion, sieht in der Berufung eine Anerkennung seiner politischen Arbeit. Als Rundfunkrat nahm Hufe bereits seit langem Einblick in die Akademie.



Peter Hufe, MdL

Aktuelle Nachrichten unter www.spd-mittelfranken.de/parlamente

G8 Finanzierung sichern

Von Wolfgang Plattmeier, Bürgermeister von Hersbruck

Die Staatsregierung muss handeln. Anders als im IZBB vorgesehen, konzentriert sie ihre Förderung auf Gymnasien. Die Kommunen stehen mit enormen Mehrkosten alleine da.

Durch das Investitionsprogramm der alten Bundesregierung „Zukunft, Bildung und Betreuung 2003-2007“ (IZBB) sollen Ganztagschulen einge-

zen, um jedem Antragsteller etwas zu geben zu können. Die Konsequenz ist, dass die geplante Einrichtung von Ganztagschulen in Bayern entgegen

der Regelungen auf Weisung von oben davon aus, dass unsere Kinder in diese Räumlichkeiten per Zauberei gebeamt werden?



Zahlen und Fakten zum G 8

Für Mittelfranken zahlt der Freistaat gerade 2,2 Mio Euro (aw) Die Mittel des IZBB-Programms sollen Ganztagschulen aller Schularten zugute kommen. Stattdessen werden sie von der Staatsregierung missbraucht, um die überstürzte G8-Einführung zu finanzieren. Obwohl die Mittel eine Zusatzfinanzierung zu Eigenaufwendungen des Freistaats sind, der zudem versprach, den Kommunen entstünden nach dem Konnexitätsprinzip (Wer anschafft, der zahlt) keine Kosten, lässt man sie jetzt im Regen stehen. So hat der Freistaat von den 504 Millionen Euro IZBB-Mitteln, bislang lediglich 13,8 Millionen aus eigener Tasche dazugezahlt. Für Mittelfranken heißt das: Der Bund bringt jährlich 34,5 Millionen Euro. Der Freistaat zahlt nur 2,2 Millionen Euro zu. Der Rest bleibt an den Kommunen hängen.



Angelika Weikert, Mdl (Bildarch. Ldtg.)

Kommunen geschöpft

Ergebnis: Den Kommunen als Sachaufwandsträgern für das G8 wurde entsprechend dem Konnexitätsprinzip ein 100%iger Ersatz ihrer notwendigen Aufwendungen im Rahmen der Schaffung von Ganztageseinrichtungen von der Bayerischen Staatsregierung versprochen. In Wahrheit werden sie aber mit knapp 70 % Förderung abgespeist.

Staatsregierung in der Pflicht

Wir Sozialdemokraten in Bayern, unsere bayerischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, wir alle wollen und unsere Jugendlichen brauchen Ganztagschulen. Die Menschen wenden sich an Bürgermeister und Landräte, wenn die Ausstattung für die Einführung des G8 nicht ausreicht. Für die Bayerische Staatsregierung gilt wohl die Devise „Der Ministerpräsident ist weit, die Landräte und Bürgermeister werden schon klar kommen.“ So gehen wir in Bayern nicht miteinander um. Die Staatsregierung muss ihrer Pflicht nachkommen und die Finanzierung der Ganztagschulen sicherstellen.

richtet werden um damit eine Qualitätsverbesserung des Bildungssystems zu erreichen. Notwendige Investitionen für Ganztagschulen werden mit 90 % bezuschusst. Gedacht ist hierbei - und so sieht es auch der Freistaat Bayern in seinen Förderrichtlinien vor - an Neubau, Ausbau, Umbau, Renovierung oder Ausstattungsinvestitionen. Zur 90%igen Förderung durch Bundesmittel, die durch den Freistaat Bayern verteilt werden, versprach die CSU-Staatsregierung nach dem Konnexitätsprinzip die Übernahme der fehlenden 10 % der zuzuschussfähigen Kosten.

Nur die Gymnasien profitieren

Da aber die große Nachfrage nach Versorgungsküchen, Speiseräumen sowie Aufenthaltsräumen als notwendige Grundlage für eine funktionierende Ganztagsbetreuung für die CSU-Staatsregierung offenbar so überraschend kam, war Schlitzohrigkeit gefragt. Die bisher den Förderrichtlinien entsprechenden Bauanträge, die zum großen Teil bereits von den zuständigen Stellen geprüft und genehmigt waren, mussten überarbeitet werden, weil die Bezirksregierungen wohl von oben angewiesen waren, die Förderfähigkeit der jeweiligen Maßnahme niedriger anzusetzen.

den Zielen und Inhalten des IZBB fast nur für Gymnasien eingesetzt wird und Volksschulen, Förderschulen, Realschulen sowie Horte hinten runter fallen.

Treppen nicht vorgesehen

Des Weiteren ergibt sich die Kuriosität, dass die Nebennutzflächen dank der Schlitzohrigkeit der Bayerischen Staatsregierung nun nicht mehr förderfähig sind. Offensichtlich meint die CSU wie manche unserer pisa-beurteilten Kinder in der ersten Malstunde, dass die Baumaßnahmen keine Treppenhäuser, Flure, Heizungen, Garderoben, Lagerräume und Ähnliches brauchen. Gehen die Fachleute

Argumente zum BayKiBig

Es drohen Schließungen und steigende Gebühren

(cn) Nach einer 11stündigen Debatte im Landtag hat die CSU-Zweidrittelmehrheit das neue Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz (BayKiBig) durchgesetzt. Dabei hat die CSU die Kritik von maßgeblichen Fachleuten und 20.000 Unterschriften sowie mehr als 400 Petitionen gegen dieses Gesetz ignoriert. Auch die Änderungsanträge der SPD-Landtagsfraktion wurden abgelehnt. Die Auswirkungen des neuen Gesetzes bekommen Eltern und Einrichtungen nun zu spüren. Kleinere Einrichtungen sind in ihrer Existenz bedroht. Weil staatliche Zuschüsse nur noch nach der tatsächlichen Anwesenheitszeit der Kinder gezahlt werden, wurden die Gebühren teilweise drastisch erhöht.



Christa Naaß, Mdl

Für Mittelfranken im Bundestag

Die MittelfrankenSPD ist wieder mit vier Abgeordneten im Bundestag vertreten. Nachfolgend veröffentlichen wir die Adressen und die Ausschüsse unserer Abgeordneten.

Martin Burkert

Karl-Bröger-Str. 9,
90459 Nürnberg
Tel: 0911/4389630
(Bettina Zauhar, Richard Würffel)
Fax: 0911/435694
martin.burkert@wk.bundestag.de



Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.
Stellvertreter im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Günter Gloser

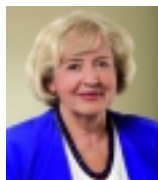
Adresse s. Martin Burkert
guenter.gloser@wk.bundestag.de



Staatsminister im Auswärtigen Amt

Renate Schmidt

Friedrich-List-Str. 5,
91054 Erlangen
Tel. 09131/81265 33
(Christian Pech, Karin Hauck)
Fax. 09131/81265 35
renate.schmidt@bundestag.de



Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung.
Stellvertreterin in den Ausschüssen für Kultur und Medien sowie für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Marlene Rupprecht

Hirschenstr. 24,
90762 Fürth
Tel. 0911/7568362
(Edith Bayersdorfer, Michael Bischoff)
Fax 0911/9758286
marlene.rupprecht@wk.bundestag.de



Ausschüsse für Familie, Senioren, Frauen, Jugend sowie für Petitionen

Kurt Schumacher

Ausstellung bis März in Ellingen



MdL Christa Naaß bei der Ausstellungseröffnung (Foto: Fritsche)

(tb) Noch bis zum 5. März 2006 behandelt eine Ausstellung im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen Leben und Wirken Kurt Schumachers. „Schumacher verkörperte wie kein anderer deutscher Politiker den kompromisslosen, opfervollen Widerstand gegen die Nazis“ sagte Christa Naaß bei der Ausstellungseröffnung. Der AK Europa der MittelfrankenSPD besucht am Samstag, dem 14.01.2006, um 10.30 Uhr die Ausstellung. Anmeldung bei Angelika Roth, Tel 0911-57 67 25 oder roth.angelika@web.de

Bürgermeisterwahlen `06 in Mittelfranken

(hsb) Neben den unten genannten finden Bürgermeisterwahlen in Sugenheim, Baiersdorf, Pommelsbrunn, Spalt und Aurach statt. Die Termine stehen noch nicht fest.

Wahltag	Kommune	Amtsinhaber	SPD-Kandidat
12.03	Rothenburg o.d.T.	Herbert Hachtel (SPD)	Kurt Förster
12.03	Zirndorf	Gert Kohl (SPD)	Thomas Zwingel
12.03	Schwaig b. Nbg.	Fritz Körber (SPD)	Knut Engelbrecht
24.09	Altdorf b. N	Rainer Pohl (SPD)	Aufstellung 01/06

Der Mittelfränkische Bürgermeistertag 2006 findet am Samstag, den 28. Januar 2006 um 10 Uhr in der Paul-Metz-Halle in Zirndorf statt. Das Hauptreferat hält der Fürther Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung.

ReferentInnen zum Thema Ganztagsbetreuung

Heidi Koch, Mitglied des Bezirksvorstands
Kindertagesstättengesetz
Tel. 09142/8590
koch.heidi@t-online.de

Christa Naaß, MdL
SPD-Bezirksvorsitzende
G8, Kindertagesstättengesetz
Tel. 09831/612996
christa.naass@spd-online.de

Marlene Rupprecht, MdB
s. oben

Renate Schmidt, MdB
Bundesfamilienministerin a. D.
s. oben

Angelika Weikert, MdL
G8, Kindertagesstättengesetz
Tel. 0911 / 4389640
angelika.weikert@t-online.de

Termine

- 14.01.2006, 10.30 h
AK Europa: Besuch der Schumacher-Ausstellung (s. oben)
- 17.01.2006, 19.00 h
Jahreshauptversammlung der Schwusos Mittelfranken Nürnberg, Café-Bistro "Smiley"
- 28.01.2006, 10.00 h
Bürgermeistertag Zirndorf, Paul-Metz-Halle
- 01.03.2006, 10.00 h
AG 60plus: Politischer Aschermittwoch mit Thomas Beyer MdL Schwabach, AWO-Saal
- 05.03.2006, 10.00 h
AG 60plus: Zehnjähriges Jubiläum Schwabach, Bürgerhaus

Impressum
Der Mittelfrankenvorwärts wird drei Mal jährlich von der MittelfrankenSPD, Karl-Bröger-Straße 9, 90459 Nbg herausgegeben. Kontakt: vorwaerts@spd-mittelfranken.de
Chefredaktion und Layout: Christofer Zwanzig (cz, V.i.S.d.P.)
Redaktion: Michael Bischoff (mb), Thorsten Brehm (tb), Angelika Roth (ar), Robert Schmitt (rs)
MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Liesbeth Gierlings (lg), Steffi Kliem (sk), Christa Naaß (cn), Wolfgang Plattmeier / wp), Matthias Pradzinski (mp), Dieter Rosner (dr), Helga Schmitt-Bussinger (hsb), Angelika Weikert (aw).
Vertrieb: MittelfrankenSPD
Druck: City-Druck Nürnberg